

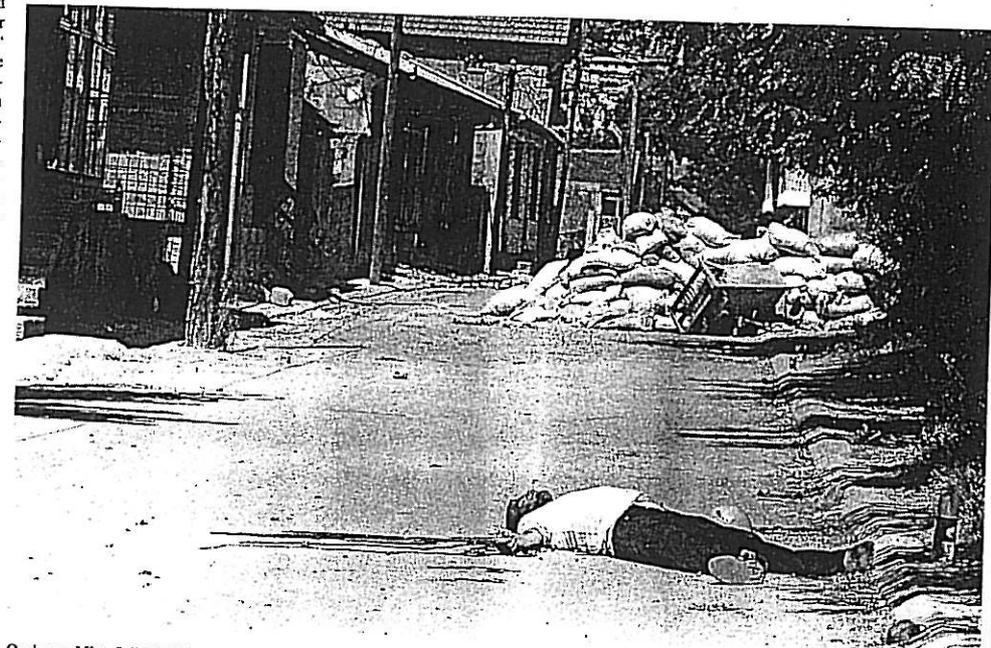
# Washingtons Spielchen mit dem Kosovo

Die USA täuschten die Weltöffentlichkeit und ihre Verbündeten über die Ergebnisse erster Gespräche mit der UCK. Der Streit im westlichen Lager über ein Konzept zur Lösung der Krise dürfte weiter eskalieren ■ Von Andreas Zumach

Genf (taz) – „Eine zynische und herablassende Äußerung, unter dem Niveau eines Botschafters.“ Ungewöhnlich scharf reagierte Klaus Kinkel beim Salzburger EU-Außenministertreffen am letzten Sonntag auf die Vorwürfe Christopher Hills, die EU sei „nicht interessiert“ am Schicksal der Kosovo-Albaner. Der öffentliche Schlagabtausch zwischen dem deutschen Außenminister und dem US-Chef-Unterhändler für den Kosovo dürfte nur der Auftakt sein zu weiteren öffentlichen Kontroversen.

Intern schwelen die Differenzen seit geraumer Zeit. Und daß Kinkel in Salzburg der Geduldssaden riß, ist angesichts des seit Monaten völlig widersprüchlichen Verhaltens der Clinton-Administration verständlich. Mitte Juni signalisierte Washington zunächst ohne Konsultation mit den westlichen Verbündeten Präsident Slobodan Milošević eine Aufweichung der seit März in der Kontaktgruppe und mit der EU formulierten Forderungen und Sanktionsdrohungen. Ebenfalls ohne Absprache mit den Partnern traf Ende Juni zunächst US-Unterhändler Richard Holbrooke „zufällig“ Mitglieder der Befreiungsarmee UCK. Wenige Tage später kam sein Kollege Robert Gelbard mit zwei führenden Vertretern der Kosovo-Befreiungsarmee UCK zusammen.

Über die Gelbard-Gespräche wurde die Weltöffentlichkeit von der Clinton-Administration jedoch in einem entscheidenden Punkt getäuscht. Die beiden namentlich nicht identifizierten UCK-Vertreter hätten bei dem Treffen mit Gelbard die „politische Unterordnung“ ihrer Organisation unter den gewaltfreien Albanerführer Ibrahim Rugova zugesagt, ließ das State Department Anfang Juli verlauten. Tatsächlich hatten die beiden führenden UCK-



Orahovac Mitte Juli: Fünf Tage zuvor hatten hier Kämpfe zwischen Albanern und serbischer Polizei stattgefunden. Foto: Wade Goddard/Images.de

Vertreter, deren Namen der taz bekannt sind, gegenüber Gelbard das genaue Gegenteil bekräftigt. Das bestätigen inzwischen übereinstimmend Quellen im State Department und bei der UCK.

Ob die bisherige US-Diplomatie im Kosovo nur eine von Pannen war oder einer raffinierten Strategie folgte, ist bislang nicht eindeutig geklärt. Holbrooke ist seit Wochen abgetaucht und harrt seiner Bestätigung als Washingtons künftiger UNO-Botschafter durch den US-Senat. Gelbards Mandat als Chefunterhändler für den Balkan wurde auf Bosnien beschränkt.

Sein Nachfolger im Kosovo, Hill, agiert bislang glücklos und anscheinend ohne klare Vorgaben durch das State Department.

Klar ist nur, daß Belgrad etwa zeitgleich mit den UCK-Gesprächen Holbrookes und Gelbards klare Signale zunächst aus Washington und seitdem auch aus anderen Nato-Hauptstädten erhielt, daß ein Eingreifen der westlichen Militärräuber nicht zu befürchten ist. Milošević hat die Signale so verstanden, wie sie gemeint waren: als grünes Licht, mit der UCK militärisch aufzuräumen. Anderstauende Äußerungen etwa von Bun-

desverteidigungsminister Volker Rühle kann Milošević getrost als Geißel im deutschen Wahlkampf verbuchen.

Auf das grüne Licht an Milošević und die Formel „keine staatliche Unabhängigkeit für Kosovo“ beschränkt sich der westliche Konsens. Über eine langfristige politische Lösung für den Konflikt und Zwischenschritte dorthin herrscht zwischen EU und USA sowie in der EU Ratlosigkeit, wie über die Sanktionen gegen Belgrad und die angesichts des nahenden Winters dringenden humanitären Maßnahmen. Die Stufenlösung einer zu-

nächst drei Jahre gültigen beschränkten Selbstverwaltung für den Kosovo, die von Hill zwischen Milošević und Rugova vermittelt wurde, hat keine Chance auf Akzeptanz unter den Albanern.

Washingtons jüngste Vereinbarungen mit Milošević über die Einrichtung von elf Zentren unter Kontrolle der serbischen „Sicherheitskräfte“, an denen albanische Flüchtlinge im Winter humanitäre Hilfe erhalten sollen, erinnert stark an die Einrichtung der bosnischen UNO-Schutzzone Srebrenica. Dort wurden im Juli 95 rund 8.000 Muslime von Serben massakriert.

## Hunderte von Festnahmen im Kosovo

Belgrad/Genf (dpa) – Die serbische Polizei hat nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) 450 Kosovo-Albaner gefangen genommen. Wie ein UNHCR-Sprecher in Genf erklärte, wurden 50 der Gefangenen getrennt von ihren Angehörigen abgeführt. Das UNHCR habe bei den serbischen Behörden gegen dieses Vorgehen protestiert. Serbische Medien berichteten dagegen, die Polizei habe mehr als 600 mutmaßliche Angehörige der albanischen Kosovo-Befreiungsarmee UCK festgenommen.

## Bald neue Gespräche über Frieden in Korea?

Seoul (AFP/dpa) – Nord-Korea will die Vierparteiengespräche über einen Frieden auf der koreanischen Halbinsel bald wiederaufnehmen. Die Regierung in Pjöngjang erklärte sich gegenüber den USA bereit, über ein Ende der Raketenexporte zu sprechen. Unterdessen ernannte die Nationale Verteidigungskommission Nord-Koreas Vizemarschall Kim Il Cho zum neuen Verteidigungsminister.

## Weiterer Siedlungsbau in Ost-Jerusalem

Jerusalem/Gaza (AFP/taz) – Im von Israel annektierten Ostteil von Jerusalem sollen in Kürze zusätzlich 320 jüdische Familien angesiedelt werden. Die städtische Planungskommission beschloß am Montag, die Familien in bereits fertiggestellten neuen Häusern der Siedlung Pisgat Seev im Norden von Ost-Jerusalem unterzubringen. Ziel der Maßnahme ist die Schaffung einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit, um israelische Interessen durch Wahlen legitimieren zu können.

## Israel: Islamforscherin Lazarus-Jafe gestorben

Jerusalem (epd) – Hava Lazarus-Jafe, die zu den angesehensten Islamforschern der Welt gehört, ist in der Nacht zum Montag 68jährig in Jerusalem gestorben. Sie lehrte seit 1959 Islamkunde an der Hebräischen Universität Jerusalem.

## Clintons Anwalt will Starr-Bericht einsehen

Washington (rtt) – Die Anwälte des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton haben Einsicht in den Bericht verlangt, den Sondermittler Kenneth Starr demnächst zum Thema Amtsenthebung vorlegen will. Clinton müsse Gelegenheit erhalten, dem Kongreß seine eigene Stellungnahme zu unterbreiten.

## Schläge ins Gesicht der Mullahs

Ein iranischer Prügeltrupp überfällt beim Freitagsgebet zwei Regierungsmitglieder. Ein Regimekritiker verschwindet spurlos

Berlin (taz) – Sie brüllten „Tod den Liberalen“, dann hauchten sie drauf. Beim vergangenen Freitagsgebet in Teheran machten die Ansar-e Hisbollah, die „Anhänger der Partei Gottes“, ihrem Ruf als Schlägertrupp wieder einmal alle Ehre. Allerdings waren ihre Opfer diesmal eine Nummer zu prominent, als daß die Angelegenheit wie sonst üblich unter den Tisch gekehrt worden wäre.

Anstatt mitleidiger Intellektueller, Schriftsteller oder Hochschulprominenten hatten sich die Schläger diesmal zwei Mitglieder der Regierung ausgesucht: Vizepräsident Abdullah Nuri und den Minister für religiöse Führung und Kultur, Ataollah Mohadscherani. Beide erhielten Schläge ins Gesicht, Nuris Turban fiel vom Kopf, Mohadscheranis Hemd wurde zerrissen.

Gestern gab das iranische Innenministerium bekannt, die Schläger seien gefaßt worden, die Ermittlungen im Gange. Um wen und um wie viele Täter es sich handelt, wurde nicht erklärt, nur daß die Verhaftungen aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung zustande kamen.

Die beiden Geprügelten sind enge Vertraute des als vergleichsweise moderat geltenden Präsidenten Mohammad Chatami. Der hatte sich am Montag in einer

Fernsehansprache in der Angelegenheit zu Wort gemeldet. Die Behörden sollten „gegen das widerliche Benehmen einer kleinen Gruppe von Leuten, die sich der Etablierung von Freiheit und Gerechtigkeit widersetzen, keine Maßnahme auslassen“, sagte er und forderte auch die konservativen Kräfte im Staatsapparat auf, dafür zu sorgen, daß die Schläger verfolgt und vor Gericht gestellt würden.

Die Erklärung war eine Art Kampfansage an Chatamis konservativen Gegner im religiösen Establishment als deren bewaffneter Arm die Ansar-e Hisbollah gelten. Selbst Irans Religionsführer, Ajatollah Ali Akbar Chamenei – ein Konservativer mit angeblich guten Verbindungen zur Ansar-e Hisbollah – verurteilte die Überfälle.

Weniger prominente Opfer der Chatami-Gegner erhalten solche Fürsprache nicht. Ihr Mann Hadi Haschemi (60) sitzt seit drei Monaten ohne Begründung im Gefängnis, beklagte sich kürzlich Aschraf Montaseri im persischsprachigen Programm der britischen BBC. „Er ist alt, er ist krank. Er braucht medizinische Behandlung, die die Behörden hartnäckig verweigern“, sagte sie. Der vermutliche Grund für Haschemis Verhaftung: Er gilt als Anhänger

des Großajatollah Hosseinali Montaseri, seinem Schwiegervater. Der einst als Nachfolger von Revolutionsführer Ajatollah Chamenei gehandelte Kleriker wurde vom Religionsführer Chamenei höchstpersönlich unter Hausarrest gestellt.

Nach Informationen des Vereins zur Verteidigung der politischen Gefangenen im Iran wurden in den vergangenen Monaten noch weitere Anhänger Montaseris verhaftet. Montaseri war vor zehn Jahren in Ungnade gefallen, weil er eine von Chamenei angeordnete Massenhinrichtung politischer Gefangener scharf kritisiert hatte. In den vergangenen Monaten hatte sich Montaseri mehrfach für Präsident Chatami ausgesprochen.

Völlig unklar ist unterdessen das Schicksal von Pirus Faghbai Davani (37). Der Politikaktivist ist laut Angaben seiner Familie seit dem 25. August spurlos verschwunden. Davani wurde nach der Islamischen Revolution im Jahr 1979 mehrfach wegen seiner politischen Aktivitäten verhaftet. Zuletzt gründete er im Dezember vergangenen Jahres eine „Vereinigung für Demokratie im Iran“. Sein in Deutschland lebender Bruder befürchtete, daß Davani verhaftet oder vom iranischen Geheimdienst verschleppt wurde.

Thomas Dreger

## Randale in Indonesien

Proteste gegen Präsident Habibie. Anlaß sind drastisch gestiegene Lebensmittelpreise

Bangkok (taz) – Indonesien ist nach wenigen Wochen relativer Ruhe wieder Schauplatz von Demonstrationen und Plünderungen.

In der Stadt Kebumen (Zentraljava) plünderten gestern Hunderte Menschen Geschäfte chinesischstämmiger Kaufleute, nachdem bereits am Tag zuvor über zwanzig Läden in Flammen aufgegangen waren. Gegen die chinesische Minderheit, die den Handel dominiert und von vielen Indonesiern für die schwere Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht wird, wütheten auch in anderen Teilen des Landes aufgebrachte Menschen.

Auslöser der Unruhen sind vor allem die drastisch steigenden Preise für Grundnahrungsmittel: Obwohl der Internationale Währungsfonds (IWF) in den letzten Monaten die Reispreise mit 1,4 Milliarden US-Dollar subventionierte, können sich immer weniger Menschen eine tägliche Mahlzeit erlauben. 70 der 202 Millionen Indonesier leben in tiefer Armut.

Justizminister Muladi drohte gestern Spekulanten, die Reis und wichtige Lebensmittel horten, mit der Todesstrafe. „Nieder mit den Preisen! Nieder mit Habibie!“ forderten gestern auch die StudentInnen in der Hauptstadt Jakarta. Die Hochschüler von 37 Instituten sammelten sich in der katholischen Atma-

jaya-Universität, um vor dem Parlament gegen die Wirtschaftspolitik von Präsident Habibie zu protestieren. Vor der Volksvertretung waren allerdings von der Regierung starke Sicherheitskräfte in Stellung gebracht worden. Sie hatten schon in der Nacht zum Dienstag gewaltsam die größte Studentendemonstration seit dem Sturz des früheren Diktators Suharto Mitte Mai aufgelöst.

## Weiter im Gespräch

25 Jahre Witten/Annem

Institut für Waldorf-Pädagogik

FESTWOCHE vom 28. Sept. bis 4. Okt. 1998

- UNSERE STUDIENGÄNGE:
- 4-jähriges grundständiges Studium für Klassen- und FachlehrerInnen
  - 4-5-jähriges Eurythmiestudium
  - 5-jähriges Sonderschul-/Heilpädagogik Studium
  - 1-jährige Weiterbildung

Das Programm für die Festwoche und weitere Informationen erhalten Sie von:

Witten/Annem Institut für Waldorf-Pädagogik  
Annener Berg 15 58454 Witten/Ruhr  
Tel: 0130.18 9673 Fax: 02302.68 000  
E-mail: witten-annem@t-online.de



ANZEIGE